

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

63

Juni 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

INTERNATIONAL

- Xi Jinping empfängt Trump, dann Putin... Wie sich die neue Kriegsordnung aufbaut
- Hüseyin Dođru und das europäische Verständnis von Pressefreiheit

..... ab Seite 2

MILITARISIERUNG

Wie weiter gegen Wehrpflicht und Militarisierung?

..... Seite 5

DEUTSCHLAND

Vor dem Bundeskongress: Wohin geht Die LINKE?

..... Seite 6

AUS DEN BETRIEBEN

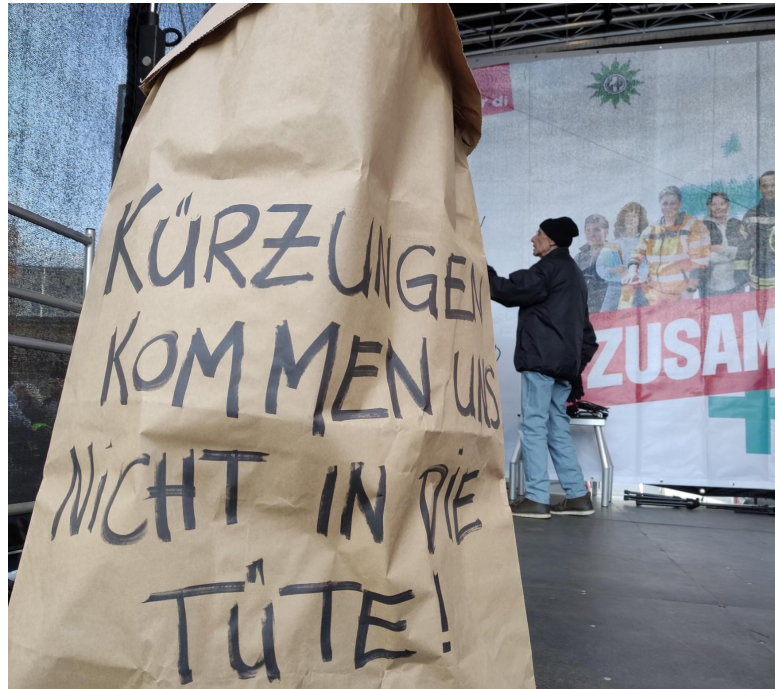
- Wie sich die Sparmaßnahmen auf die soziale Arbeit auswirken
- Tech Worker im Herzen der Amazon-Bestie

..... ab Seite 8

REZENSION

Palästina 1936: ein Film von Annemarie Jacir

..... Seite 11



Der „Juni der Reformen“ kommt – dagegen muss es heiß werden!

Nachdem der groß angekündigte „Herbst der Reformen“ Ende letzten Jahres ausgeblieben ist, blasen nun CDU und SPD zum Großangriff auf die Überreste des Sozialstaats. Dabei fällt es schwer den Überblick zu behalten: Kürzungen im Gesundheitssystem, der Pflegekasse, der Rente und natürlich im Sozialbereich sind dabei nur einige Maßnahmen. Auch in Österreich gehen die Angriffe der Bundesregierung gegen die Arbeitenden weiter und in eine neue Runde. Fest steht allerdings, dass damit mal wieder unter dem Vorwand der „Sparpolitik“ schwere Angriffe auf das tägliche Leben der Arbeiter:innenklasse gefahren werden, welche sowieso schon unter den hohen Lebenshaltungskosten leidet – nicht zuletzt durch die internationalen Machtspiele der USA und Chinas. Welche schrecklichen Folgen diese Maßnahmen haben können, berichtet in dieser Ausgabe eine Sozialarbeiterin. Die Linkspartei hat angekün-

digt, gegen Merz' Politik auf die Straße gehen zu wollen. Der kommende Bundeskongress aber wird zeigen, wie offen sich die Linkspartei zur Mitverwaltung des Elends als Partner in einer künftigen Regierung positioniert.

Nie zu knapp ist das Geld allerdings bei der Aufrüstung. Gerade deshalb sind die „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“ so wichtig, wie am 8. Mai. Denn auferüstet wird auch gegen uns: So wird aktuell an dem Journalisten Hüseyin Dođru ein Exempel statuiert, indem dieser von der EU für seine palästinasolidarische Berichterstattung sanktioniert wird.

Klar ist: Die kommenden „Reformen“ sind Angriffe gegen uns alle und nur gemeinsam können wir uns dem widersetzen, wie uns Techworker bei Amazon und Co. vormachen. Es braucht eine organisierte Bewegung der Arbeiter:innen gegen die Politik des Kapitals, die nur von der Straße kommen kann. ■

Xi Jinping empfängt Trump, dann Putin ... Wie sich die neue Kriegsordnung aufbaut

Mitte Mai hat Chinas Präsident Xi Jinping erst Donald Trump und nur Tage danach Wladimir Putin in China empfangen. Die Treffen der Staatsmänner dieser heute zentralen Großmächte werden vor der ganzen Welt als große Show inszeniert. Ist eine Konfrontation zwischen China und den USA abgewendet? Wie geht es im Iran weiter? Und was passiert in Europa?

Für den Angriff auf den Iran gibt es mehrere Gründe, deren genaue Gewichtung schwer festzulegen ist. Ein Ziel war es, den Iran in die Schranken zu weisen und gemeinsam mit Israel die Ordnung im Nahen Osten im Sinne Israels und der USA zu festigen. Iranische Atomanlagen wurden bereits durch den sogenannten Zwölf-Tage Krieg im Juni 2025 schwer getroffen. Der aktuelle Krieg gegen den Iran reduziert die Chance des iranischen Regimes in Zukunft über Atomwaffen zu verfügen, was künftige Angriffe auf den Iran erschweren würde. Die Verlockung, im Iran einen Regime Change nach dem Vorbild der Intervention in Venezuela herbeizuführen, war groß. Es war auch eine willkommene Gelegenheit, gegenüber China und dem Rest der Welt zu zeigen, dass die USA zu offensiven Kriegen bereit sind und über die militärischen Kapazitäten dazu verfügen. Für die kriminelle Bande rund um Trump bot der Krieg, der zu einem massiven Anstieg des Ölpreises führte, eine verlockende Chance, durch Insiderwissen mit spekulativen Öldeals sich Riesenprofite zu sichern.

Ein wichtiges Ziel waren Kontrolle und Einfluss auf den weltweiten Ölhandel. Bis zum Krieg liefen 40 % der chinesischen Ölimporte durch die Straße von Hormus. Laut Schätzungen gehen bis zu 90 % der iranischen Ölexporte nach China. Am 19. Mai verhängten die USA neue Sanktionen gegen die Netzwerke, die iranisches Öl nach China liefern. Ob China damit besonders getroffen wurde, ist aber fraglich. Im riesigen China ist Kohle weiterhin die wichtigste Energiequelle, aber auch der Ausbau erneuerbarer Energiequellen ist weit fortgeschritten. Für den US-Imperialismus ist der

aktuelle Krieg eine von mehreren Strategien, um zu versuchen, dem chinesischen Konkurrenten zu schaden.

USA/China: Zwei Supermächte auf Augenhöhe?

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA weltweit militärisch aktiv. Heute verfügen sie über 750 bis 800 Stützpunkte auf der ganzen Welt. Die anderen Weltmächte (Großbritannien, Frankreich, Russland und China zusammen) haben weniger als 50 Militärstützpunkte

➤➤ Die USA versuchen China unter Druck zu setzen, was nur bedingt gelingt. Die Spannungen zwischen den beiden Großmächten nehmen weiter zu. ◀◀

im Ausland. Die wirtschaftliche Stärke der USA und ihre Dominanz in der Geopolitik während der letzten 80 Jahre wurden mit dieser militärischen Stärke und Kriegen abgesichert und durchgesetzt.

In den letzten Jahrzehnten hat China mit seinen hohen Wirtschaftswachstumsraten alle alten imperialistischen Großmächte eifersüchtig gemacht. Chinas rascher Aufstieg ins Lager der imperialistischen Länder stellt die Vorherrschaft der USA zunehmend in Frage und ist damit eine ernste Bedrohung für den US-Imperialismus. Das Wirtschaftswachstum in den USA hängt heute vor allem am riesigen Techsektor, dessen Wirtschaftskraft sich bis Ende 2026 auf mehr als zwei Billionen (!) US-Dollar belaufen könnte. Schwindelerregende Zahlen, die große Zweifel an der finanziellen Tragfähigkeit des Projekts wecken. Die Konzentration von Reichtum und Kapital hat heute in den USA einen his-

torischen Höchststand erreicht, der KI-Hype wird von der riesigen Menge an freiem Kapital, das zunehmend spekulativ nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sucht, getrieben. Wann und wie die Blase platzt, ist nicht vorherzusagen. Klar ist jedoch, dass der KI-Boom neue ökonomische Crashes befeuert. Auch das ist ein Faktor für die Nervosität und Aggressivität der US-Außenpolitik. Doch auch für China läuft es nicht nur rund, wie die sinkenden Wachstumsraten und das

Platzen der chinesischen Immobilienblase zeigen, rund um den Crash des Bauriesen Evergrande ab 2021 und dessen Liquidation 2024, mit Verbindlichkeiten im dreistelligen Milliardenbereich.

Waren die Gespräche in China ein Signal der Stabilität?

Wie sich Trumps Konfrontation mit dem Iran kurz- und mittelfristig entwickeln wird, bleibt offen. Durch diesen Krieg haben die USA zumindest gezeigt, dass sie die Weltordnung stören können und eine Energiekrise auf dem Weltmarkt auslösen können – und das ohne großen Tadel durch ihre Verbündeten. Trump konnte das iranische Regime nicht stürzen, dieses hat vielmehr bewiesen, wie fest es gegenüber ausländischen militärischen Interventionen im Sattel sitzt. Jedenfalls hat der Krieg der USA und Israels zu verheerenden Zerstörungen der zivilen und militärischen Infrastruk-



Trumps zu kritisieren. Dabei nutzen US-Flugzeuge gleichzeitig die Ramstein Airbase im Bundesland Rheinland-Pfalz ... Die Freude über eine mögliche Beteiligung Deutschlands oder Frankreichs am Krieg im Persischen Golf ist begrenzt. Nicht dabei zu sein, ist aber auch keine Option. Macron hat schon einen großen Flugzeugträger in die Region geschickt. Merz kündigte wiederum im April an, Deutschland würde „nach einem Friedensschluss helfen, [...] die freie Schifffahrt in der

tur im Iran geführt, deren Wiederaufbau Jahre dauern wird. Gleichzeitig zeigt sich eine relative Schwäche der USA, ihre Interessen auf internationaler Ebene

Spannungen zwischen den beiden Großmächten nehmen weiter zu, auch wenn keine Seite aktuell eine direkte militärische Konfrontation will.

Straße von Hormus zu sichern“. Trumps Alleingänge passen Europa nicht, egal ob im Iran oder in der Ukraine. Doch die europäischen Imperialismen sind wild entschlossen, durch aggressive Aufrüstung ihren Platz an der Sonne der Geopolitik zu verteidigen.

»» In diesen Zeiten der Instabilität wird es entscheidend sein, die Kriegspläne der Großmächte zu durchkreuzen – gerade durch Kämpfe für unsere eigenen Interessen. ««

Die Kriegsgefahr kann nur von uns selbst bekämpft werden!

Die wirtschaftlichen Folgen infolge der Sperrung der Straße von Hormus haben die Realität der Kriege gezeigt. Der Öl-mangel hat alle Bevölkerungen der Welt getroffen. Besonders in afrikanischen Ländern sind Millionen Menschen infolge der Inflation und Verknappung von Düngemitteln von Hunger bedroht. In Kenia gab es als Reaktion einen landesweiten Streik im öffentlichen Nahverkehr. In diesen Zeiten der Instabilität wird es entscheidend sein, die Kriegspläne der Großmächte zu durchkreuzen – gerade durch Kämpfe für unsere eigenen Interessen. Denn auch bei uns wird das Leben immer unbezahlbarer, und mit Kürzungen bei den Arbeitenden soll die Aufrüstung finanziert werden. Wir sagen: Keinen Cent, keinen Menschen für ihre Kriege! Hoch die internationale Solidarität! ■

ne, nicht zuletzt mit militärischen Mitteln, durchsetzen zu können.

Der Besuch Trumps in China Mitte Mai, bei dem er von einer Delegation von Bossen großer Techkonzerne, wie etwa Elon Musk, begleitet wurde, ist auch ein Zeichen dieser Schwäche. Trump sagte Xi Jinping, es sei „eine Ehre, von einem Freund empfangen zu werden“. Beide Länder führen einen Zollkrieg gegeneinander, in dem die USA es jedoch nicht geschafft haben, China relevanten Schaden zuzufügen. Die beiden Ökonomien sind nach wie vor eng verzahnt. So brauchen die USA etwa nach wie vor Seltene Erden aus China. Gleichzeitig arbeitet China weiter daran, die Dominanz des US-Dollars als Weltleitwährung, die dazu beiträgt die Vorherrschaft der USA abzusichern, zu untergraben. Die USA versuchen China unter Druck zu setzen, was nur bedingt gelingt. Die

... oder der Weg in die nächsten Kriege?

Der Besuch Putins in China, ein paar Tage nach Trump, ist mehr als nur ein Symbol. Für Russland sind die gestiegenen Lieferungen von Öl und Gas nach China, inklusive einer neuen Pipeline, wirtschaftlich von großer Bedeutung. China setzt auf Allianzen mit alten wie neuen Verbündeten, etwa mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ und im Rahmen der BRICS (eine informelle Vereinigung von mittlerweile elf Staaten, u. a. Brasilien, Russland, Indien und Südafrika). Etliche Länder versuchen, im Wettrennen um Einflusszonen zwischen den USA (und in geringerem Ausmaß der EU) und China Spielräume für die eigene Politik zu schaffen.

Europas zukünftige Kriege

Im mächtigsten Land Europas hat sich Kanzler Merz erlaubt, die Strategie

*Johannes Wolf, Wien
und Lorenz Wassier, Berlin*

Hüseyin Dođru und das europäische Verständnis von Pressefreiheit

Die EU rüstet für den nächsten großen Krieg auf. Neben Panzern und Gewehren gegen den äußeren Feind braucht es dafür auch Waffen für den politischen Feind im Inneren. Geopfert wird dafür das, was die EU vorgibt zu verteidigen, seien es die die Presse— oder Meinungsfreiheit oder Menschenrechte. Der Fall Hüseyin Dođru zeigt, wie weit die EU bereit ist zu gehen, um Systemkritiker zum Schweigen zu bringen.

Im Mai 2025 wurde der Journalist Hüseyin Dođru von der Europäischen Kommission ohne Gerichtsbeschluss auf die Sanktionsliste der EU gesetzt, auf der sich sonst vor allem russische Oligarchen finden. Er darf Deutschland nicht verlassen und hat gemeinsam mit seiner Familie nur das Existenzminimum von 560 Euro pro Monat zur Verfügung, da er keinen Zugriff auf sein Konto hat – ebenso wenig wie zeitweise seine Frau und seine Mutter. Er darf nicht arbeiten und ihm darf kein Geld gespendet werden. Was sind die Vorwürfe der EU, die eine so starke Einschränkung seiner persönlichen Rechte rechtfertigen würden?

»» Für ihre Sanktionen braucht die EU kein Gericht, der politische Wille reicht völlig aus. ««

Windige Vorwürfe

Die EU wirft Hüseyin „enge finanzielle und organisatorische Verbindungen zu Organisationen und Akteuren der Staatspropaganda in Russland“ und „tiefe strukturelle Beziehungen zu Einrichtungen der staatlichen russischen Medien“ vor. Hüseyin hat auf der von ihm gegründeten Medienplattform „RED“ vor allem über die Unterdrückung der Palästinabewegung in Deutschland berichtet und die Heuchelei des deutschen Imperialismus offengelegt. Mit dieser Berichterstattung soll er versucht haben, die „Europäische Gemeinschaft“ zu spalten und „gewalttätige“ Demonstrationen unterstützt haben, womit die propalästinensische Besetzung der Humboldt Universität Berlin 2024 gemeint ist. Nützen kann in den

Augen der EU eine solche journalistische Arbeit natürlich nur Putins Russland. Dođru hingegen bestreitet die Vorwürfe. RED hätte nie finanzielle Unterstützung von Russland oder russischen Sendern bekommen und sich vor allem aus Spenden finanziert. Die EU hingegen führt an, dass Dođru vor seiner Tätigkeit bei RED für das Videoformat „Redfish“ tätig war, welches über Umwege zum russischen Sender Russia Today (RT) gehörte – eine Tätigkeit, die Dođru nach eigenen Angaben nach dem Überfall auf die Ukraine beendet hat, also lange bevor RT verboten wurde. Solch dünne „Beweise“ würden für einen Prozess niemals ausreichen, doch das brau-

chen sie auch nicht. Denn für ihre Sanktionen braucht die EU kein Gericht, der politische Wille reicht völlig aus. Widerstand ist dementsprechend schwer, denn hier greift kein nationales Recht..

Repressionen ohne Gegenwehr?

Auch wenn wir als Marxist:innen keine Illusionen in den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Recht haben, ist das ein qualitativer Unterschied zu den bisherigen Repressionen, welche (wie die Kündigung eines Deutsche-Welle Journalisten 2024) vor allem durch die Medienanstalten selbst stattfanden. Eine eklatante Verletzung der Menschenrechte wird auf der Basis von losen Vorwürfen ohne Gerichtsbeschluss verordnet, ein neuer Beschluss soll den Verstoß gegen die Sanktionen jetzt auch als Straftat gelten lassen. Der Aufschrei bei der sonst so Presse- und Meinungsfreiheit liebenden linksliberalen Öffentlichkeit sollte groß sein, doch die Linkspartei hat sich im Bundestag bei einer Abstimmung zur Verschärfung des europäischen Sanktionsregimes enthalten und schweigt, während die beiden großen deutschen Pressegewerkschaften das Vorgehen der EU verteidigen (nicht aber, ohne Dođru noch eine Mitgliedsgebühr zu berechnen).

Die EU und die BRD wollen ausprobieren, wie weit sie gehen können. Die Aufrüstung nach außen muss mit einer erhöhten Repression nach innen einhergehen. Bürgerliche Grundrechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden von den Bürgerlichen angegriffen, wogegen die Arbeiter:innenklasse sich wehren muss. Denn diese Rechte sind für den Klassenkampf im Kapitalismus unerlässlich – weswegen man sie uns wieder wegnehmen will. ■

*Victor Dalmau, Düsseldorf
und Jonas Schmidt, Mannheim*



Der Journalist Hüseyin Dođru im Westjordanland
(Quelle: Hüseyin Dođru)

Wie weiter gegen Wehrpflicht und Militarisierung?

Am 8. Mai streikten zum dritten Mal Zehntausende von Schüler:innen gegen die Wehrpflicht – in ca. 138 Städten. Die Bewegung organisiert sich weiter und ruft zu einer Aktionswoche gegen den Veteranentag am 15. 6. auf, steht aber auch vor der Herausforderung nicht zu schrumpfen, nachdem das „Wehrdienst-Modernisierungs-Gesetz“ ja schon am 5. 12. 2025 verabschiedet wurde. In Städten wie Düsseldorf oder Berlin waren es weniger Streikende als zuvor, manche Städte erreichten hingegen einen Höhepunkt, wie Hamburg mit 6.000 Schüler:innen. Wie weiter also mit dem Schulstreik?

Die Situation ist von Schule zu Schule unterschiedlich, je nach Stimmung vor Ort, der Existenz oder Aktivität eines Streikkomitees oder wie repressiv Schulleitung und Lehrpersonal auf Organisationsversuche reagieren. Doch auch für Schulen, an denen sich wenig bewegt, ist es wichtig, das Demos stattfinden, damit vereinzelte Schüler:innen sich anschließen können. Anders als *Fridays for Future* ist der Schulstreik eine Bewegung, die direkt gegen den Strom schwimmt, nämlich gegen die Ankündigung von Pistorius, die schlagkräftigste Armee Europas aufzubauen. Die Bewegung braucht einen langen Atem und sollte sich nicht einschüchtern lassen.

Rund um den 8. Mai haben sich bürgerliche Medien, von BILD bis zu den Öffentlich Rechtlichen, eifrig darum bemüht, den Schulstreik als linksradikal unterwandert darzustellen. Dass sozialistische Organisationen wie die SDAJ an der Mobilisierung beteiligt sind, war längst kein Geheimnis, doch geht es um den Versuch, Aktivist:innen zu brandmarken und von Mitschüler:innen zu isolieren. Diese dreckigen Methoden akzeptieren wir nicht, ob linksradikal oder nicht, nur alle gemeinsam können wir den Militarismus zurückschlagen!

»» Damit eine Bewegung entstehen kann, braucht es eine langfristige Mobilisierung und Möglichkeiten, sich in offenen Treffen oder einem Streikkomitee zu organisieren. Umso mehr, da die neuen Studierenden in kommenden Semestern direkt von der Wehrpflicht betroffen sind. ««

Diese Angriffe dürfen nicht dazu führen, sich auf pazifistische Stellungnahmen zu beschränken. Wir dürfen uns nicht scheuen, auch antikapitalistische und

palästinastolidarische Forderungen aufzustellen. Diese Debatten fanden und finden im Rahmen der Bewegung statt, sowohl lokal als auch bei der 2. Schulstreikkonferenz in Göttingen oder in einer öffentlichen Diskussion beim *Stop Nakba Now Camp* in Hamburg.

Ein wichtiger Punkt besteht weiterhin darin, den Streik nicht nur in den Schulen zu organisieren sondern auszuweiten. Es gab oft Jugendbewegungen, die isoliert blieben. Doch es gibt Gegenbeispiele wie die Studierendenbewegung im Mai 1968 in Frankreich, wo die Studiproteste zu einem Generalstreik führten, weil deren Forderungen und Wut ein offenes Ohr bei den Arbeiter:innen fanden.

Apropos Studis, der 8. Mai war an vielen Unis der erste Versuch einen Unistreib gegen Wehrpflicht zu organisieren und sich bundesweit zu vernetzen. Leider hatte dies keinen großen Erfolg. Viele Gründe können dies erklären, aber es zeigt auch die Notwendigkeit, die Forderungen an einen Studikontext anzupassen, z. B. gegen Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie und gegen die Kürzungen. Aufgeben kann man angesichts der Militarisierung nicht. Damit eine Bewegung entstehen kann, braucht es



Am 8. Mai in Berlin

Studierenden in kommenden Semestern direkt von der Wehrpflicht betroffen sind.

Solche Versuche gibt es nicht nur bei der Jugend, sondern auch bei „Erwachsenen“ wie *Eltern gegen Wehrpflicht* oder bei Beschäftigten wie der Initiative *Sozialarbeiter:innen gegen Krieg*. Denn Wehrpflicht und Aufrüstung hängen mit den riesigen Kürzungen bei Sozialem und Gesundheit zusammen, die die gesamte Arbeiter:innenklasse bedrohen. Diese Initiativen organisieren Aktionen gegen die Bundeswehr an Schulen und auf Jobmessen, aber auch gemeinsame Veranstaltungen mit Streikenden im Gesundheitswesen. Trotz all der Schwierigkeiten müssen wir jeden Anlass nutzen, um den Kampf gegen Militarisierung auf die Straße, in Unis, Schulen und Betriebe zu tragen, sei es bei der Aktionswoche gegen den Veteranentag, gegen Rheinland in Berlin oder gegen Militärübungen in Hamburg. ■

Eva Ruth, Hamburg

Vor dem Bundeskongress: Wohin geht Die LINKE?

Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl und dem starken Anstieg der Mitgliederzahlen – von gut 50.000 Ende 2023 auf über 120.000 Ende 2025 – ist eine Mehrheit der trotzkistischen Organisationen in den letzten Monaten zumindest teilweise in Strukturen der Linkspartei eingetreten, wenn sie es vorher noch nicht waren. Wohin geht die LINKE, und welche Perspektiven bietet das für Revolutionär:innen?

Zwei Fragen werden eine zentrale Rolle auf dem Kongress spielen: die Position der Partei zu Palästina sowie die Frage eventueller Regierungsbeteiligungen.

Palästina-repression in der LINKEN

Die Position zum Genozid in Palästina ist spätestens seit dem 7. Oktober ein hochexplosives Thema innerhalb der Partei. In den letzten Monaten haben immer wieder Mitglieder der Linken oder des „parteinahen Jugendverbands“ [‘solid] Repression von Parteispitze oder Verbänden erfahren und Einzelpersonen wie Gruppen sind ausgetreten.

Im November 2025 bestätigte die Bundesschiedskommission den Ausschluss des palästinensischen Aktivisten Ramsis Kilani, da er mit seinen Positionen der Partei „schweren Schaden“ zugefügt habe. Selin Gören, Co-Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Shalom“ behauptet trotz Gaza-Genozids: „Solidarität mit Israel ist keine Option, sondern Voraussetzung glaubwürdiger linker Politik.“

Als der [‘solid]-Bundeskongress einen Antrag beschließt, der „den kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts“ anprangert, distanziert sich die Parteiführung sofort. Und der [‘solid]-Bundesprecherin Wüthrich werden im Februar 2026 für zwei Jahre die Mitgliedsrechte in der Linkspartei entzogen – weil sie in einem TikTok-Video den Genozid in Gaza als „fucking Holocaust“ bezeichnet hatte, auch wenn sie später die Wortwahl als falsch bezeichnete.

➤ Die Parteispitze ist nur von einem „Ideal“ geprägt – sich nicht zu konträr zur Politik des deutschen Imperialismus und als mögliche verantwortungsvolle Verwalterin der bürgerlichen Ordnung zu zeigen. ◀◀

Für den anstehenden Parteitag hat der Vorstand nur eine Sorge: Streit vermeiden und das Reizthema möglichst geräuschlos in den Hintergrund schieben, um mögliche Wahlerfolge im Herbst nicht zu kompromittieren.

Die LINKE zeigt sich „regierungsverantwortlich“

Die Partei ist immer noch in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern in der Landesregierung. Nach der Wahl in Berlin wird sich die Frage erneut stellen: Die LINKE könnte mit einem dynamischen Schlusspurt womöglich sogar stärkste Kraft werden. Es ist unwahrscheinlich, dass Parteitags-Anträge gegen eine Regierungsbeteiligung einen reellen Erfolg haben: Eine bürgerliche Partei, die sich selbst das Regieren verbietet, wäre eine Premiere.

Auch auf Bundesebene hat sich die LINKE schon respektvoll gegenüber dem deutschen Imperialismus gezeigt, indem ihre Vertreter:innen im Bundesrat im März 2025 für das „Sondervermögen“ Infrastruktur und Aufrüstung stimmten. Für Fraktionsvorsitzende Reichinnek ist Aufrüstung schon auch okay: „Wir werden immer wieder attackiert, weil wir angeblich die Bundeswehr nicht unterstützen. Das ist totaler Quatsch. ... Natürlich muss die Bundeswehr vernünftig ausgestattet sein“.

Der Palästina-Repressionskurs und die Frage der Regierungsbeteiligung sind eng verbunden. Das Gemisch der Parteispitze aus Kompromissen und harscher Kritik an zu radikalen Stimmen in der Partei ist nur von einem „Ideal“ geprägt – sich nicht zu konträr zur Politik des deutschen Imperialismus und als



Protest vor der Parteizentrale der LINKEN gegen den Ausschluss von Ramsis Kilani (Quelle: Sozialismus von unten)

mögliche verantwortungsvolle Verwaltung der bürgerlichen Ordnung zu zeigen.

Auch in vorherigen Jahren hat die LINKE schon oft genug „Verantwortung“ gezeigt, unter anderem in Thüringen und Berlin: Menschen abgeschoben (auch in Kriegsgebiete), Krankenhäuser kaputtgekürzt und Stellenabbau im öffentlichen Dienst betrieben.

Sollten Revolutionär:innen in die Linkspartei eintreten?

Wegen des Zustroms 70.000 neuer Mitglieder haben mehrere revolutionäre Organisationen beschlossen „den Massen“ in die Linkspartei hinein zu folgen. Andere sind dort schon lange, haben einige Posten in Parteigremien erobert, aber niemals der Partei eine revolutionäre Richtung geben oder die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen verhindern können. Doch nun soll alles anders sein, verkünden die Gruppe Arbeiter:innenmacht (GAM) und die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO).

Mit welchen Argumenten? Die GAM schreibt Ende 2025: „Es fehlt an einer wirkmächtigen politischen Kraft, die eine konsistente Alternative zur herrschenden Politik formulieren würde. Auch die Führung der Linkspartei macht bei dieser Aufgabe bisher keine gute Figur.“ Müssen vielleicht ein paar Revolutionär:innen der Parteiführung dabei Nachhilfe geben?

„Durch den massiven Mitgliederzuwachs ist die Partei in einen Zustand lebendiger Offenheit geraten [... Das] bietet für Revolutionär:innen die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu verankern ... Die politische Offensive der Regierung zwingt Die Linke in eine Situation, die nicht mit Routine beantwortet werden kann, möchte die Partei nicht die nächste Niederlage vorbereiten und die eigene Basis enttäuschen.“

Doch genau das ist der springende Punkt: Die LINKE ist auch durch die Neueintritte nicht zu einer kämpferischen Klassenpartei geworden, sondern bleibt auf Wahlen und mediale Sichtbarkeit orientiert, nicht auf Mobilisierungen und Streiks – also auf genau die Routine, die (nicht nur) die eigene Basis ent-

täuschen wird.

Der Aufwind der Linkspartei kam nicht durch eine massive Radikalisierung der Jugend (erst recht nicht von Arbeiter:innen), sondern weil SPD und Grüne so weit nach rechts gegangen sind, dass sie diejenigen, die sich dem Rechtsruck entgegenstellen wollten, nicht mehr erreichen konnten. Viele Neumitglieder der Linkspartei suchen nach „echten“ sozialdemokratischen oder grünen Werten – andere wollten die Linke vor dem

»» Das Bild der zerstrittenen, bedeutungslosen Splittergruppen ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Einfluss auf die „Massen“, die auch heute noch weit mehr außerhalb der Linkspartei zu finden sind als innerhalb. ««

parlamentarischen Untergang bewahren. Das „Erfolgsrezept“ des Vorstands, medial nicht zu sehr anzuecken und sich nicht mehr öffentlich zu streiten, wird innerparteilich sehr viel mehr überzeugen als revolutionäre Kampagnen gegen Regierungsbeteiligungen.

Nicht in der LINKEN verschwinden, sondern revolutionäre Alternativen sichtbar machen!

Selbstverständlich ist es eine Aufgabe für uns Revolutionär:innen, uns an diejenigen zu wenden, die von all den Krisen des Kapitalismus und dem Rechtsruck genug haben. Dass sie bislang nur die LINKE vorgefunden haben, ist auch ein Armutszeugnis für die zersplitterte und kaum wahrnehmbare revolutionäre Linke. Aber es ist eben unsere Aufgabe, eine „wirkmächtige politische Kraft“ zu bilden, „die eine konsistente Alternative zur herrschenden Politik formuliert“. Die Linkspartei kann und wird das nicht sein.

Die Fixierung weiter Teile der revolutionären Linken auf die LINKE mit dem Argument, dass wir ja zu schwach seien, ist eine *self fulfilling prophecy*. Wenn wir hingegen eine öffentlich wahrnehmbare Front revolutionärer Organisationen bilden, die zwar Differenzen haben, aber gegenüber reformistischen Illusionen gemeinsam auftreten, gemeinsame

Kampagnen machen, bei Wahlen aber auch außerhalb des Wahlzirkus, dann haben wir eine reale Chance, diejenigen zu erreichen, die nach Antworten suchen und früher oder später von der Linkspartei enttäuscht werden. Denn das Bild der zerstrittenen, bedeutungslosen Splittergruppen ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Einfluss auf die „Massen“, die auch heute noch weit mehr außerhalb der Linkspartei zu finden sind als innerhalb.

RIO kündigte im Januar 2026 den Eintritt „einiger Genoss:innen“ in die LINKE an: Der Artikel endet mit den Worten: „In einer Zeit, in der weltweit Krisen und Kriege im Zeitraffer voranschreiten ... in dieser Zeit können wir es uns nicht leisten, alle unsere eigenen Süppchen zu kochen. Darum wollen wir den Austausch und die Zusammenarbeit mit allen intensivieren, die sich konsequent organisieren gegen Rechtsruck, Genozid und Aufrüstung. Für die Einheit der revolutionären Linken!“ Dem können wir uns nur anschließen. Allerdings brauchen wir diese Einheit nicht gefangen im Schlepptau einer reformistischen Linkspartei, sondern als klare Alternative zu ihr. Sonst baut sie einen Apparat mit auf, der nicht der Königsweg hin zu, sondern ein Hindernis bei der Schaffung einer revolutionären Alternative ist. ■

Richard Lux, Berlin und Dima Rüger, Paris

*Artikel aus Platzgründen gekürzt,
hier geht's zur vollständigen Version:*



Wie sich die Sparmaßnahmen auf die Soziale Arbeit auswirken

Hundert Milliarden für Bildung und Soziales“ ist einer der Sprüche, den man immer wieder auf Demos hört. Und wirklich, es macht wütend, wie den Rüstungsunternehmen und anderen großen Konzernen das Geld in Milliardenpaketen hinterhergeworfen wird, während sich im Sozialen Bereich eine Schockwelle an Sparmaßnahmen aufbaut. Von Kürzungen ist der soziale Bereich schon länger betroffen. Aber das beschleunigt sich jetzt.

Die Herausforderung ist, zu verstehen, was es alles an Sparplänen gibt, weil sie sich auf viele Einzelleistungen und Projekte beziehen. Die Summe der „Kleinigkeiten“ hat aber große Auswirkungen auf Familien der Arbeiter:innenklasse, die Jugendlichen und vor allem die migrantischen Familien. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat kürzlich auf 108 Seiten die vielen Sparmaßnahmen zusammengetragen. Was auffällt, ist, dass viele Kürzungen gegen Kinder- und Jugendschutzgesetze verstoßen und gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention und die UN-Charta für Menschenrechte ... über die man im Studium der „Sozialen Arbeit“ immer viel lernt. Aber wir leben in einem neuen Zeitalter, wo eh auf Menschenrechte geschissen wird. Nicht, dass das nicht früher schon schnell abgehakt wurde, aber sie machen es jetzt offen. Wenn bisher – zumindest als Anspruch – soziale Arbeit die Menschen in den Vordergrund stellen sollte und ihnen möglichst viel individuelle Entscheidungsmöglichkeiten einräumen sollte, dann sieht man, dass mit den Kürzungen die individuellen Rechte wegfallen werden. Es geht um „Standardabfertigung“.

Wachsende Armut und wachsender Reichtum

Das wird zum Beispiel die geflüchteten Kinder und Jugendlichen sehr hart treffen. Denn sie haben schwierige und gewaltvolle Erfahrungen in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht gemacht. Sie brauchen soziale Unterstützungen, Beratung, aber auch Hilfe bei der Sprache und in der Schule. Alles kann helfen, um ihnen einen guten Schulstart und Berufsstart zu geben. Aber dies wird schwieriger werden. Das

gilt im Grunde natürlich für alle Kinder und Jugendlichen, von denen viele aber mit einem sehr großen Rucksack voller Probleme aufwachsen. 1,9 Millionen Kinder leben in Deutschland von Bürgergeld. Hinzu kommen die vielen Kinder, die mit den mickrigen Asylbewerberleistungen auskommen müssen. 15 % aller Kinder sind offiziell von Armut betroffen. Nach einer aktuellen Studie des Kinderhilfswerks UNICEF landet Deutschland im internationalen Vergleich beim Wohlbefinden der Kinder nur im unteren Mittelfeld.

➤➤ Die Herausforderung ist, zu verstehen, was es alles an Sparplänen gibt, weil sie sich auf viele Einzelleistungen und Projekte beziehen. ◀◀

Deutschland ist die drittstärkste Wirtschaftsnation der Welt – nach USA und China – und auf Platz 5 der Länder mit den meisten Milliardär:innen weltweit, aber Armut breitet sich immer weiter aus.

Armut hat Folgen für alle Lebensbereiche: Viel zu wenig Platz zu Hause, viel zu wenig Freizeitaktivitäten und Urlaub, schlechteres Essen, weniger Unterstützung für Schule und Ausbildung ... Wenn die Unterstützung durch Sozialarbeitende wegfällt, ist das dramatisch.

„Friss oder stirb“ ...

Viele kleinere soziale Einrichtungen werden angesichts der Kürzungen der Finanzen eingehen. Andere größere Träger werden zu immer größeren fusionieren und die kleinen schlucken. Sie werden – wie üblich in der Wirtschaft – die soziale Arbeit billiger anbieten. Aber das

heißt auch, dass anders als früher Familien kaum noch Einfluss darauf haben können, bei welchem Träger sie Hilfe bekommen. Wenn sie bisher gerne mit einem im Kiez verwurzelten Träger, der vielleicht vor allem die Sorgen der queeren Jugendlichen im Blick hatte, zusammengearbeitet haben, dann wird das kaum noch möglich sein. „Friss oder stirb“ soll auch mehr und mehr in der sozialen Arbeit gelten. Auch die kleinen Beratungsstellen in Asylverfahren werden finanzielle Probleme bekommen. Schon jetzt ist es für Geflüchtete ein riesiges Problem, kostenlose Beratung zu bekommen. Dabei geht es bei Asyl im wahrsten Sinne um Leben oder Tod. Man merkt jetzt schon, wenn man als Sozialarbeiterin Unterstützung von einer solchen Beratungsstelle braucht, dass diese immer weniger am Telefon erreichbar oder einfach verschwunden sind. Was sollen die Menschen dann tun? Und was sollen die verbliebenen Sozialarbeitenden tun, die ihren Job gut machen und helfen wollen? Vielleicht kann man sich einiges an Wissen anlesen. Sicher ist, dass auch die verbliebenen Sozialarbeitenden durch die Kürzungen eine immer höhere Arbeitsbelastung haben werden.

Die Verschlimmerungen im Asyl- und Migrationsrecht haben jetzt schon Folgen. 2023 erklärte die Bundesregierung unter SPD-Grünen-FDP mehrere Länder zu „sicheren Herkunftsländern“. Dazu

gehören Georgien, Moldawien und die Türkei. Auch wenn alle wissen, dass das Leben dort nicht „sicher“ ist, weder wirtschaftlich noch politisch. Es gibt sehr autoritäre Regime, die als „sicher“ deklariert wurden. Die Folge sind rigorose Abschiebungen. Viele Familien, zu denen Sozialarbeiter:innen Kontakte pflegten, sind einfach nicht mehr da. Sobald ein Abschiebebescheid erlassen wurde, kann jederzeit an jedem Ort die Polizei auftauchen: zu Hause, in der Schule, im Krankenhaus ... Eine Mutter erscheint beim Termin im Landesamt für Einwanderung, wo sie verpflichtet ist hinzugehen, und wird von dort direkt in Abschiebehafte genommen. Ihre anderen beiden minderjährigen Kinder bleiben in der Flüchtlingsunterkunft allein, womit man gleich mal einen neuen Kinderschutzfall produziert hat. Oder eine Familie hat eigentlich eine Duldung, außer das hier geborene kleinste Kind, für das plötzlich das Bundesamt BAMF ein Verfahren einleitet und einen Abschiebebescheid erlässt. Man kann sich ungefähr die Panik der Familie vorstellen. Das produziert einen ungeheuren Druck auf alle Familienmitglieder. Auch beispielweise auf einen Bruder, der, statt ordentlich Deutsch zu lernen und die Schule ordentlich zu beenden, nun händeringend

» Bis 2020 war es klar, dass es keine Abschiebung der Kinder gibt, wenn die Eltern eine Duldung haben. Heute kann man nicht mehr sicher sein. Das sieht nach Strategie aus, um den Druck auf die Familie zu erhöhen. «

versuchen muss irgendeine Ausbildung anzufangen, weil mit einer Ausbildung eine Duldung verbunden ist, die der Familie das Recht zu bleiben weiter ermöglicht. So ein Jugendlicher ist ein gefundenes Fressen für Ausbeuterbetriebe, weil er zwingend auf den Ausbildungsvertrag angewiesen ist. Bis 2020 war es klar, dass es keine Abschiebung der Kinder gibt, wenn die Eltern eine Duldung haben. Heute kann man nicht mehr sicher sein. Das sieht nach Strategie aus, um den Druck auf die Familien zu erhöhen.

Menschlichkeit spielt für den kapitalistischen Staat keine Rolle. Jede Kürzung drückt genau das aus.

... oder kollektive Gegenwehr? Die Sozialarbeiter:innen vernetzen sich

In Berlin haben vor einigen Jahren Sozialarbeiter:innen ein Netzwerk gegen die Kürzungen aufgebaut und demonstriert. Es gibt verschiedene Soli-Treffs in

den Bezirken, die teilweise schon mehrere Jahre existieren oder sich jetzt neu gründen. Kürzlich entstand das Netzwerk „Sozialarbeitende gegen Krieg“. Wichtig ist, dass in den sich neu gründenden Gruppen die Systemfrage gestellt wird, denn die Aufrüstung, die wir gerade erleben, ist Ausdruck eines weit fortgeschrittenen Imperialismus. Es gründeten sich auch andere Bündnisse, die zum sozialen Protest aufrufen, wie „Es reicht“. Aber sie sind von der Linkspartei, Sozialen Trägern und Wohlfahrtsverbänden getragen und beschränken sich von vornherein darauf, die Bundesregierung anzuklagen, ohne aber zu viel anecken zu wollen. Werden sie – wie schon in der Vergangenheit – nach einigen Demos wieder still, weil sie ja selbst diejenigen sind, die von dem, was überhaupt noch für den sozialen Bereich übrig bleibt, überleben müssen?

Was wir tun müssen, ist klar und deutlich die unmenschliche Politik anzuprangern und das laut und deutlich auf die Straße zu tragen. Der Staat und die Bosse haben uns allen den Krieg erklärt. Die Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialen Arbeit sind ein Teil dieser Angriffe auf alle Bereiche der Arbeitenden. Also muss die kollektive Gegenwehr als Sozialarbeitende zusammen mit den vielen anderen Beschäftigten und der Jugend genauso entschlossen und gut organisiert sein. ■

Sabine Müller und
Hanna Latz, Berlin



Tech Worker im Herzen der Amazon-Bestie

Die Digitalisierung und die wachsende Rolle der KI in der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen die Entstehung von riesigen Firmen wie Amazon, die sich in Richtung von Monopolen entwickeln. Doch auch deren unvorstellbare Profite entstehen nur durch die Arbeit von Millionen von Beschäftigten. Unter ihnen gibt es auch Versuche, für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Rolle der Tech-Industrie in Krieg und Genozid zu kämpfen. Wir berichten solidarisch von einer solchen Initiative.

Techworker bei Amazon? Was bedeutet das?

Amazon hat mehr als 1,5 Millionen Beschäftigte weltweit. Davon arbeiten ungefähr 350.000 in Büros. Dazu kommen Tausende in ausgelagerten Bereichen bei Tochterfirmen oder Drittfirmen. Auch Amazon-Gründer Jeff Bezos ist nur durch die Arbeitskraft von Millionen Arbeitenden zu einem der reichsten Multimilliardäre geworden.

Seine wirtschaftliche Strategie beschreibt Amazon damit, „den Markt ersetzen“ zu wollen. Man will nicht nur der „Beste“ sein. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass Amazon seine eigene Logistik aufgebaut hat und zu einem internationalen Logistikriesen gewachsen ist.

Die gewinnträchtigste Sparte von Amazon sind deren Cloud Computing Services, die „Amazon Web Services“ (AWS) heißt. Den höchsten Umsatz macht Amazon zwar mit dem Shopping, aber die meisten Gewinne kommen aus dem AWS. Cloud Dienste spielen heute in der Welt eine zentrale Rolle. Man muss sich vorstellen, dass ungefähr ein Drittel des Internets auf Serverinfrastruktur von AWS läuft. Da geht es um die Websites, aber auch alle möglichen Dienste in dem Zusammenhang.

Dieser Bereich wird derzeit weltweit von drei Konzernen absolut dominiert: AWS (Amazon), Google Cloud Platform und Azure (Microsoft).

„No Tech for Apartheid“ – wenn Beschäftigte sich weigern, zu Komplizen zu werden

Gegen die wachsende Rolle der KI und IT bei Massenüberwachung und Krieg gründeten Amazon- und Google-Beschäftigte in den USA 2021 die Initiative „No Tech for Apartheid“. Die Initiative

»» Angesichts der Militarisierung der ganzen Tech Branche ist es offensichtlich, dass die Arbeitenden die Kontrolle über das erlangen müssen, was und wie sie „produzieren“. ««

wurde ins Leben gerufen, als bekannt wurde, dass Amazon und Google mit dem Staat Israel einen Vertrag im Wert von 1,2 Milliarden Dollar abgeschlossen hatten. In diesem „Project Nimbus“ haben sie sich zur Bereitstellung von Cloud Infrastruktur, KI und Speicherkapazitäten an Israel verpflichtet. Gleichzeitig haben sie darauf verzichtet zu kontrollieren, was mit den Systemen passiert. Solche Projekte sind aber nur der Anfang. Gesichtserkennung, Bewegungserfassung und Analyse von Netzwerken bestimmter Personengruppen durch KI werden immer mehr für Überwachung und Krieg eingesetzt.

Große Konzerne wie Amazon gehen allerdings nicht offen mit ihren militärischen Aktivitäten um. Das Zauberwort heißt „Dual Use“. Es geht dabei um Leistungen oder Services, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Die Aktivistin von „No Tech for Apartheid“ argumentieren, dass es kein „Dual Use“ gibt. Alles kann und wird militärisch verwendet, z. B. die auf unseren Handys verbreitete App „Google Photos“. Diese App setzen auch israelische Soldaten an den Checkpoints in den palästinensischen Gebieten ein. Sie scannen damit die Gesichter der Palästinenser:innen und erhalten dann alle möglichen Informationen über diese Menschen aus den riesigen Datensammlungen, die der israelische Staat aufgebaut hat.

Für die Aktivistin von „No Tech for

Apartheid“ ist es wichtig, die Kolleginnen und Kollegen aufzuklären, dass Amazon – wie die anderen Tech Unternehmen – eine Struktur hat, die verschleiert, was mit der eigenen Arbeit passiert. Man hat als Beschäftigter keine Kontrolle über die Arbeit. Diese Verheimlichung ist eine bewusste Strategie, wie bei vielen Unternehmen über den IT Bereich hinaus.

Angesichts der ungeheuren Wirtschaftsmacht der Tech Giganten kann nur eine massenhafte Selbstorganisation der Arbeitenden durch kollektive Aktionen Google und Amazon dazu zwingen, ihre Komplizenschaft zu beenden. Angesichts der Militarisierung der ganzen Tech Branche ist es offensichtlich, dass die Arbeitenden die Kontrolle über das erlangen müssen, was und wie sie „produzieren“. Kollektive Organisation für die Arbeitsbedingungen und gegen Genozid und Apartheid gehen Hand in Hand. ■

*Sabine Müller, Berlin
Eva Ruth, Hamburg*

*Aus Platzgründen gekürzt,
hier geht's zum vollständigen Artikel:*



Palästina 1936: ein Film von Annemarie Jacir

Vor 90 Jahren begann der „große arabische Aufstand“ (1936-1939), ein Aufstand gegen den Kolonialismus und Zionismus. Dieses Ereignis steht sinnbildlich für einen gemeinsamen Kampf der ganzen palästinensischen Bevölkerung, doch zugleich wurde diese Bewegung durch seine Eliten verraten. Der Film von Annemarie Jacir, der seit dem 14. Mai in den deutschen Kinos läuft, bietet ein lebendiges Bild dieser Revolte und seiner Akteur:innen.

Der Film spielt vor allem in Jerusalem und dem palästinensischen Dorf Al Basma, das sich mit der Errichtung eines Kibbutz konfrontiert sieht. Seit 1931, mit dem Aufstieg des Faschismus in Europa, wanderten immer mehr Jüd:innen nach Palästina aus. Die Gefahr durch den Faschismus wurde durch zionistische Politiker:innen und die Gewerkschaft Histadrut ausgenutzt, um Fellahin (arme palästinensische Bäuer:innen) zu enteignen und palästinensische Arbeiter:innen in die Arbeitslosigkeit zu verdrängen.

Gegen solche Vorstöße und die damit verbundene Gewalt gab es schon in der Vergangenheit Widerspruch und Revolten, doch 1936 bricht ein Generalstreik aus. Eine Szene im Film zeigt, wie palästinensische Arbeiter:innen im Hafen von Jaffa sowohl gegen schlechte Arbeitsbedingungen und drohende Arbeitslosigkeit kämpfen, als auch, auf-

stellen. Der Film zeigt den zweischneidigen Charakter dieser Führung, denn nationalistische Landbesitzer und Bürger, wie die Familien Naschaschibi und Hussein, verdienten am Verkauf von Land für zionistische Siedlungen. Die britischen Behörden konnten sich auf dieses Arabische Hohe Komitee stützen, um den Generalstreik für beendet zu erklären, nachdem die Briten ihnen eine königliche Kommission anboten. Doch dieser Verhandlungstisch entpuppte sich als Falle für die palästinensische Sache, indem die einzige Lösung dieser Kommission eine Teilung Palästinas zwischen Jüd:innen und Palästinenser:innen vorsah. Auf dem Land dauerte die Revolte gegen diesen Verrat bis 1939.



den britischen Kolonialist:innen, wie man Krieg gegen die Zivilbevölkerung führt. Über 50.000 Palästinenser:innen wurden durch die Repressionen getötet, und selbst israelische Historiker:innen sehen darin einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Staatsgründung Israels und zur Nakba.

Dieser Film, in den acht Jahre an Arbeit geflossen sind, versteht sich als ein lebendiges Mosaik, indem er die Bewegung aus mehreren Blickwinkeln betrachtet. Er nutzt viele Archivbilder und ermöglicht den Zuschauer:innen einzutauchen. Der historische Anspruch hindert aber nicht daran, sowohl Empathie als auch Wut zu empfinden – ganz im Gegenteil! Diese historische Episode ist heute immer noch aktuell um zu verstehen, wie sehr imperialistische Kräfte bei Genoziden, Unterdrückung und Kriegen aktive Täter sind. ■

Eva Ruth, Hamburg

»» Diese historische Episode ist heute immer noch aktuell um zu verstehen, wie sehr imperialistische Kräfte bei Genoziden, Unterdrückung und Kriegen aktive Täter sind. ««

grund der heimlichen Verschiffung von Waffen für zionistische Milizen, sich weigern die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am 19. April beginnt dann der Generalstreik, der sich über ganz Palästina erstreckt und für acht Monate anhält. Schnell schlossen sich die palästinensischen Eliten dem Kampf an. Am 27. April gründeten sie mit dem Mufti al-Husseini das Arabische Hohe Komitee, um sich an die Spitze der Bewegung zu

Der Film zeigt uns die Rolle des britischen Kolonialismus, der bei der Unterdrückung dieser Bewegung dieselben unmenschlichen Methoden wie in Irland und Indien einsetzte. Die zionistischen Milizen dienten wortwörtlich als Hilfstruppen, ein Teil wurde direkt in Einheiten der britischen Armee eingliedert, wie etwa die Special Night Squads von Orde Wingate. Israelische Generäle wie Mosche Dajan lernten von

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

14:00 Uhr | FU Otto-von-Simson-Str. 26, GalileA

Do, 4.6. Kapitalismus in der Krise? Wieso es immer mehr Kriege gibt (im Rahmen der Aktionswoche von Studis gegen Rechts „Wissenschaft gegen Faschismus“)

19:00 Uhr | Bavul, Annenstr. 13

Do, 25. 6. Filmabend „Duvarlar - Mauern - Walls“ (2000)
Englisch, Türkisch und Deutsch mit dt. Untertiteln

Ab 13:00 Uhr | Blücherplatz

Sa, 27. 6. Festival gegen Rassismus

WIEN

Jeweils 19:00 Uhr | Amerlinghaus, Raum 3, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Do, 11.6. Kuba: Ist das Sozialismus? Was tun gegen die US-Bedrohung?

Do, 18. 6. Anti-Imperialismus und die Linke Theorie und Praxis von den 1920ern bis heute


INTERNATIONAL

28. 7. - 2. 8. 2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien

**Hier findet ihr uns
online**

Deutschland


www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](#)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](#)

 [rsoorganisation](#)



**Revolutionär Sozialistische
Organisation**



Sozialismus oder Laberei



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

**Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:**

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/